

Nach schweren Unfällen: Bundesrat verbietet Fahrradfahren auf öffentlichen Strassen

Die schweren Fahrradunfälle der letzten Wochen geben zu denken. «So kann und darf es nicht weitergehen!», äussert sich die Bundesrätin, die aktuell dem UVEK¹ vorsteht.

Nachdem sich auch letzte Woche wieder ein Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang für den Fahrradfahrer ereignete (diese Zeitung berichtete), hat der Gesamtbundesrat in einer Sondersitzung entschieden, dass das Fahrradfahren ab dem 1. Januar verboten werden muss.

Mobilität geht vor

«Leider hatten wir in den letzten Wochen und Monaten so viele schwere Fahrradunfälle zu beklagen, dass wir zu dieser harten Massnahme greifen mussten. Das Wohl der Bevölkerung ist unsere oberste Verpflichtung. Wir müssen schwache Verkehrsteilnehmende – wie Fahrradfahrende – besser schützen. Wir zahlen nun den Preis für das starke Verkehrswachstum der letzten Jahrzehnte.

Wir dürfen den motorisierten Verkehr jedoch nicht einschränken. Weder Privatleben noch Wirtschaft können davon profitieren, wenn wir im Bereich des Verkehrs Einschränkungen vornehmen, um die Sicherheit von Fahrradfahrenden in Zukunft zu gewährleisten. Nebst folgenschweren wirtschaftlichen Einbussen würden wir an Lebensqualität

verlieren. Das Fahrradverbot ist deshalb der einzige sinnvolle Weg», erläutert die Bundesrätin den unbequemen Entscheid des Gesamtbundesrates.

Veloclub Schweiz wehrt sich

«Einmal mehr werden wir, die die Umwelt schützen und die etwas für die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen tun wollen, beschnitten. Statt den motorisierten Verkehr mit Massnahmen weiter zu verlangsamen und das Fahrradfahren mit Radstreifen und Radwegen und mit Autofahrverboten sicherer zu machen, wird nun unsere ruhige, umweltfreundliche und friedliche Fortbewegungsform verboten. Diesen Entscheid werden wir nicht hinnehmen. Wir werden uns diesem Verbot mit aller Energie entgegensetzen!», ereifert sich der Präsident des Veloclubs der Schweiz.

Das letzte Wort scheint in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen.

¹Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation